



Eine Kampagne getragen von



BUND • Referat Verkehrspolitik • Am K. Illnischen Park 1 • 10179 Berlin

Oberbürgermeister  
der Stadt Dortmund  
44122 Dortmund

Berlin, den 21.12.2009

## Maßnahmen zur Rußminderung für Klima- und Gesundheitsschutz!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Dieselruß schädigt die menschliche Gesundheit und ist ein wesentlicher Klimafaktor. Rußpartikel tragen direkt zur globalen Erwärmung bei und verringern die Reflexionsrate des arktischen Eises (Albedo) mit der Folge eines schnelleren Abschmelzens der Polkappen. Jede Maßnahme der Stadt Dortmund zur Minderung der Rußbelastung wirkt sich somit sowohl unmittelbar auf die Gesundheit seiner Bewohner, als auch auf die weitere Entwicklung der Klimaerwärmung aus.

57 % der Feinstaubemissionen in Dortmund stammen nach Messungen des Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) aus dem Verkehr (2004: 292 Tonnen PM<sub>10</sub>, 70 t Dieselruß), davon 80 % durch KFZ und 18 % durch Offroad.

Der EU-Grenzwert für Feinstaub von max. 35 Überschreitungen des Tagesmittelwertes 50 µg/m<sup>3</sup> wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch dieses Jahr an der Brackeler Straße überschritten. Hinzu kommen Überschreitungen des ab 1.1.2010 geltenden EU-Grenzwertes für Stickstoffdioxid (Jahresmittelwert von 40 µg/m<sup>3</sup>) an über 20 Straßenzügen, u.a. an der Brackeler Straße (Jahresmittelwert 59 µg/m<sup>3</sup>) und der Steinstraße (Jahresmittelwert 48 µg/m<sup>3</sup>). Teilweise liegen die Überschreitungspunkte außerhalb der eingerichteten Umweltzone des Luftreinhalteplanes Ruhrgebiet-Ost. Die dort und in den Aktionsplänen aufgeführten Maßnahmen haben bislang nicht zur Einhaltung der Grenzwerte geführt.

Eine großräumige Umweltzone ist nach allen bisher in Deutschland gewonnenen Erfahrungen ein besonders wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Rußminderungsstrategie. Eine nur auf die Dortmunder Innenstadt begrenzte Umweltzone kann allerdings aufgrund der hohen Hintergrundbelastung an Feinstaub (Anteil von 70 % im Ruhrgebiet) nur eine begrenzte Wirkung entfalten.

Wie im Ausnahmeantrag für die EU zur Fristverlängerung der Feinstaubgrenzwerte in Dortmund nachzulesen ist, stellt die Stadt selbst fest, dass die Werte der Modellrechnungen zur Senkung der Hintergrundbelastung nicht eingetreten sind (s. Anhang zu Form 3b Ihres Ausnahmeantrages). Dortmund sollte sich deshalb weiter für eine zusammenhängende Umwelt-

Bund für Umwelt und Naturschutz  
Deutschland e.V. (BUND)  
z.H. Dr. Werner Reh  
Am Köllnischen Park 1 10179 Berlin  
Fon 030/27586-435  
Fax 030/27586-440  
[werner.reh@bund.net](mailto:werner.reh@bund.net) • [www.bund.net](http://www.bund.net)

Deutsche Umwelthilfe (DUH)  
z.H. Dorothee Saar  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Fon 030/2400867-72  
Fax 030/2400867-99  
[saar@duh.de](mailto:saar@duh.de) • [www.duh.de](http://www.duh.de)

Naturschutzbund Deutschland (NABU)  
z.H. Dietmar Oeliger  
Charitéstr. 3  
10117 Berlin  
Fon 030/284984-1613  
Fax 030/284984-3613  
[www.Nabu.de](http://www.Nabu.de) • [dietmar.oeliger@nabu.de](mailto:dietmar.oeliger@nabu.de)

Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)  
z.Hv Michael Müller-Görnert  
Rudi-Dutschke-Str. 9  
10969 Berlin  
Fon 0 30/28 03 51-0  
Fax 0 30/28 03 51-10  
[michael.mueller-goernert@vcd.org](mailto:michael.mueller-goernert@vcd.org) [www.vcd.org](http://www.vcd.org)

zone Ruhrgebiet einsetzen. Die Machbarkeitsstudie des Kommunalverbands Ruhrgebiet hat die Vorteile einer solchen Zone nachgewiesen. Sollte das Land diese nicht realisieren, muss die Stadt selbst eine stadtweite Umweltzone einrichten. Ergänzend halten wir weitere Maßnahmen seitens der Stadt Dortmund für erforderlich:

1. Im Ausnahmeantrag für die EU zur Fristverlängerung der Feinstaubgrenzwerte in Dortmund wird als Maßnahme die Umrüstung der städtischen Fahrzeugflotte und Verkehrsbetriebe mit Partikelfiltern (DENW\_M\_36-5) angegeben. Wir würden dazu von Ihnen gerne wissen, in welchem Zeitrahmen die vollständige Umrüstung des Fuhrparks vorgesehen ist und wieso die bisherige Nachrüstung nicht in den angestrebten Umfang durchgeführt wurde (s. Anhang zu Form 3b Ihres Ausnahmeantrags). Wir fordern eine schnellstmögliche Nachrüstung, nicht nur den Ersatz von alten Fahrzeugen durch Neue.
2. Der Aktions-/Luftreinhalteplan sieht bisher keine Minderungsmaßnahmen bei der Rußquelle „Baumaschinen“ vor. Diese macht laut Untersuchungen des Umweltbundesamtes jedoch ca. 30 % der Feinstaubbelastung in Städten aus. Bei neuen Bauaufträgen sollten in Dortmund künftig nur noch Baumaschinen mit Filtern eingesetzt werden, wie es in der Schweiz bereits Standard ist. Hier fehlen auf der kommunalen Ebene Maßnahmen.
3. Ein wesentlicher Maßnahmenbereich bei der Minderung von Schadstoffemissionen wie Ruß oder Stickstoffdioxid ist die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs. Im Ausnahmeantrag für die EU stehen dazu teilweise nur sehr allgemeine Angaben, wie „Verbesserung des Verkehrsflusses durch Optimierung des ÖPNV“ (s. DENW\_M\_36-11). Wir bitten daher um Auskunft, welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV Sie bis wann umsetzen werden. Welche Entscheidungen hat der Rat getroffen, welche Finanzmittel werden bis wann eingesetzt? Selbstverständlich sollte dabei sein, dass die Stadt Dortmund das bestehende Nahverkehrsangebot nicht nur beibehält, sondern weiter ausbaut.
4. Bezüglich der Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur bitten wir um Auskunft, welche Maßnahmen in den kommenden Jahren hinsichtlich der Steigerung des Radverkehrsanteils in Dortmund konkret umgesetzt werden und ob Finanzmittel dafür bereit stehen.
5. Neben verkehrlichen Emissionen verdienen auch Feinstäube aus Kleinfeuerungsanlagen Beachtung. Wir regen eine Satzung wie in der Stadt Regensburg zum Verbot ortsfester Feuerstätten für feste Brennstoffe an.


Sicher lässt sich die Problematik nicht von heute auf morgen lösen. Andererseits muss die Stadt Dortmund auch angesichts des neuen EU-Grenzwertes für Stickstoffdioxid schnell und konsequent handeln. Die Verbände der Kampagne „Rußfrei fürs Klima“ bitten Sie, die erforderlichen Maßnahmen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte zu treffen, damit eine Beschwerde an die Europäische Union vermieden werden kann.

Weitere Informationen zur Senkung der Rußbelastung stellen wir Ihnen gerne – auch in einem persönlichen Gespräch – zur Verfügung. Über eine Antwort würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Reh  
BUND  
Leiter Verkehrspolitik



Thomas Quittek  
BUND-Kreisgruppe  
Dortmund